



Polen - Pressespiegel 30/2025 vom 24.07.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die Regierung muss sich für die Ukrainer in Polen einsetzen*
- *Warum will das Kulturministerium die russischen Verbrechen nicht dokumentieren?*
- *Hass gegen Ausländer ist an der Tagesordnung. Das kann niemanden nutzen*
- *„Unsere Jungs“ aus der Wehrmacht. Ich bin Kaschubin und Enkelin eines der Jungs*
- *Begnadigung von Bąkiewicz: Duda versucht, sich bei den Rechten einzuschmeicheln, die nach der Macht greifen*
- *Kann Selenskyj Moskau angreifen?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die Regierung muss sich für die Ukrainer in Polen einsetzen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Michał Olszewski**

Der polnische Staat unternimmt nichts, um die anti-ukrainische Stimmung zu bekämpfen. Dieses Schweigen wird einen hohen Preis haben.

Ich sollte mich daran gewöhnen, dass die polnische Flagge in den letzten Jahren auf die Rolle eines Knebels reduziert wurde, mit dem die Hüter der nationalen Sache ihren Gegnern den Mund zuhalten. Dass sie zu einer Art Mantel geworden ist, in den sich sowohl der gemeine Schlägertyp als auch der politische Gauner und der Dieb gerne einhüllen. Die polnische Fahne ist ein bequemer Tarnmantel - alles Unheil verschwindet unter ihr. Die Flagge schließt die Diskussion ab, sie ist das ultimative Argument, der Joker, den die Nationalisten aus dem Ärmel ziehen.

Doch der Anblick eines polnischen Patrioten mit dem Spitznamen John Malkowicz, der in Danzig ein Straßenschild mit weißem und rotem Stoff bedeckt, auf dem „Skwer Bohaterskiego Mariupola“ steht [Platz des Heldenhaften Mariupols], ist schockierend. Normalerweise versuche ich, grobe Worte zu vermeiden, weil sie überstrapaziert sind und in Polen ihre Bedeutung verloren haben. Doch dieses Mal geht es nicht anders: Es ist nicht nur eine Dummheit, sondern auch Schande und Gemeinheit. Mit der polnischen Nationalflagge hat mein Landsmann eine der heiligen Stätten des ukrainischen Widerstands symbolisch entwertet – eine dem Erdboden gleichgemachte Stadt, Tausende von Opfern unter den Trümmern, die die russischen Besatzer mit Bulldozern zerrissen hatten, und ein Theater, in dem etwa 300 Menschen, darunter auch Kinder, unter russischen Bomben starben.

Eine peinliche Wendung der Ereignisse

Wenn es sich um einen Zwischenfall gehandelt hätte, hätte ich versucht, die Sache auf sich beruhen zu lassen; schließlich gibt es in jeder Gemeinschaft Narren. Aber der Fall aus Danzig ist Teil eines größeren Ganzen. Nicht zuletzt, weil Malkovich bis zu seiner Verhaftung und Anklageerhebung Bewohner der Dreistadt terrorisierte, die ukrainische Flaggen zeigten.

Das Thema ist breiter angelegt. Die drei rechten Präsidentschaftskandidaten haben ihre Kampagnen auf anti-ukrainischen Emotionen aufgebaut. Die Fakten über die ukrainische Gemeinschaft in Polen, die traumatisiert ist, hart arbeitet, 2,7 Prozent des polnischen BIP erwirtschaftet, wirtschaftlich aktiv ist und Steuern zu unserem Haushalt beiträgt, sind irrelevant, weil sie durch anekdotische Beweise, Lügen und polnische Emotionen entkräftet wurden. Welche Emotionen das sind, ist nicht schwer zu erraten.

Hier zeigt man, dass Polen wieder einmal eine schwere Last auf sich genommen hat, dass es unter der Ukraine mehr leidet als die Ukraine selbst und dafür ukrainische Undankbarkeit erntet. Von Ukrainern, die unter Beschuss sterben, unter Trümmern ersticken, bei lebendigem Leibe verbrennen, Gliedmaßen verlieren, verlangen wir Dankbarkeitsbeweise, Verbeugungen und ständige Anbetungsbekundungen. Dies ist ein erbärmliches und schamloses Verhalten, umso mehr, als Polen die Ukraine nicht subventioniert, wenn man eine Ad-hoc-Buchhaltung anwendet, gemessen am BIP oder der Außenhandelsbilanz.

Wichtiger als die Frage, ob eine solch peinliche Wendung der Ereignisse hätte vermieden werden können, scheint mir etwas anderes zu sein: Warum der polnische Staat, in Gestalt seiner höchsten Beamten, nicht versucht, etwas gegen das anti-ukrainische Narrativ zu unternehmen.

Überlassung des Themas an die Populisten

Der polnische Staat, der über die Kommunikationsmittel verfügt, um ein Narrativ aufzubauen, versagt in diesem Fall. Über die Gründe kann ich nur mutmaßen: Es gibt keine Partei, die sich den Luxus erlaubt, gesellschaftliche Trends zu ignorieren, und diese scheinen offensichtlich zu sein.

Daher ist das Schweigen der Bürgerkoalition, der PSL und von Polska 2050 angesichts der zunehmenden Welle anti-ukrainischer Stimmungen verständlich. Die Politiker befürchten wahrscheinlich, dass starke Kritik an Reden gegen Ukrainer nach hinten losgehen und sich auf die Unterstützungszahlen auswirken wird. Dies bedeutet jedoch, dass sich die derzeitige Regierung von ihrer Position als Institution zurückzieht, deren Ziele über die effiziente Auszahlung von Renten und die Erhebung von Steuern hinausgehen. Das Schweigen der führenden Politiker der polnischen Regierungskoalition zu einem so symbolträchtigen Thema wie der Anwesenheit ukrainischer Flüchtlinge in Polen ist nichts anderes als die Überlassung des Feldes an Populisten und Geschäftemacher.

Das wiederum bedeutet, dass die Politik aufhört, ein Duell der Ideen zu sein, und wieder zum Warmwasser-Management wird. Ja, die Haltung der Polen gegenüber den Ukrainern ist eine der wichtigsten ideologischen Auseinandersetzungen im Moment. Es ist nur so, dass die eine Seite Aktivität zeigt, die andere schweigt.

Die Koalition befindet sich in einer schwierigen Lage, denn eine eindeutige Erklärung, dass das Abreißen ukrainischer Flaggen in Polen inakzeptabel ist, würde einen heftigen Aufschrei der Nationalisten hervorrufen. Im Gegensatz zu den Fakten stünden die Emotionen der Polen, die davon überzeugt sind, dass die Ukrainer unser Land übernehmen. Es spielt keine Rolle, dass diese Emotionen auf falschen Identifikationen beruhen, denn Wahlen werden heute mit Emotionen gewonnen, und das nicht nur in Polen. Das Schweigen in dieser Frage ist jedoch auch ein Misserfolg, denn es bedeutet, den Populisten das Feld zu überlassen und sich damit einverstanden zu erklären, weiterhin die anti-ukrainische Trommel zu schlagen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Streit um die deutsch-polnische Grenze. Hier hat die Regierung jedoch Maßnahmen ergriffen und versucht, das Narrativ zu übernehmen. Wie erfolgreich - es ist zu früh, das zu beurteilen. Im Falle der Ukraine, wenn es sich um symbolische, kommunikative Aktionen handelt, unternimmt sie nichts und lässt die Dinge ihren eigenen Lauf nehmen.

Ein Warnsignal für Polen

Entschuldigung, aber die Regierung hat doch etwas getan. Sie hat historische Politik in dem Stil betrieben, an den uns die PiS gewöhnt hat.

Mit den Stimmen der Koalition und entgegen den Warnungen von Parlamentsexperten wurde ein staatlicher Feiertag mit anti-ukrainischem Charakter verabschiedet. Ab diesem Jahr wird der 11. Juli zum „Tag des Gedenkens an die Polen - Opfer des von der OUN-UPA in den östlichen Grenzgebieten der Zweiten Polnischen Republik begangenen Völkermords“, obwohl es bereits einen Gedenktag gibt, der diesem Thema gewidmet ist. Es ist ein trauriges Paradox, dass der Urheber des Gesetzes, das einen Feiertag für die Opfer des Wolhynien-Massakers einführt, der Abgeordnete Tadeusz Samborski ist, der jahrelang mit „Myśl Polska“, einem offen prorussischen Presseorgan in Polen, zusammengearbeitet hat. Alle anwesenden Koalitionsmitglieder stimmten für den Gesetzentwurf, mit Ausnahme der KO-Abgeordneten Aleksandra Uznańska-Wiśniewska, die sich der Stimme enthielt.

Ich möchte gut verstanden werden - die Erinnerung an die Vergangenheit ist sehr wichtig, und die Aufarbeitung der dunklen Seiten ist für jede Nation und jeden Staat reinigend. Nur muss man den Moment spüren und wissen, was im Moment die wichtigste Priorität ist. Und das ist heute unsere Sicherheit, von der die Ukraine, die sich gegen die russische Aggression wehrt, ein Schlüsselement ist. Ich glaube nicht, dass es eine Priorität sein sollte, die Wunden von vor 80 Jahren auf ein politisches Banner zu hissen, und doch zeigt die Festlegung des 11. Juli als Feiertag genau dies.

Vielleicht ist meine Annahme, dass die polnische Regierung die anti-ukrainische Stimmung eindämmen sollte und will, daher falsch. Das Gesetz über den neuen Feiertag könnte darauf hindeuten, dass sich die Stimmung in Polen dramatisch verändert hat und dass die gesamte Koalition in die anti-ukrainische Propaganda vernarrt ist.

Dieses Schweigen wird seinen Preis haben. Dieser Trend wird von den in Polen lebenden Ukrainern stark wahrgenommen, wie eine Umfrage von Gremi Personal unter 1 560 in Polen lebenden Ukrainern zeigt, die vom WNP-Portal zitiert wird. 69 Prozent der Befragten glauben, dass sie Vorurteile oder Respektlosigkeit erlebt haben. Diese Zahl spiegelt sich auf rätselhafte Weise in Umfragen zur öffentlichen Meinung in Polen wider: Auf die Frage „Zeigt die Ukraine Polen gegenüber angemessene Dankbarkeit für die geleistete Unterstützung“ antworteten 62 % der polnischen Befragten mit Nein.

„Das Leben hier ist beängstigend“, sagen die ukrainischen Personen in den von der BBC ausgestrahlten Aufnahmen über Polen. Sie klagen über zunehmende Fremdenfeindlichkeit, Ressentiments und Schikanen. Der Sender hat mit Dutzenden von Menschen gesprochen. Den Ukrainern in Polen geht es immer schlechter, 45 Prozent wissen nicht, ob sie in Polen bleiben sollen. Dies ist nicht nur ein Warnsignal für die polnische Wirtschaft, die zum Teil von den Ukrainern abhängig ist. Es ist auch ein Alarmsignal, das zeigt, dass sich eine große gesellschaftliche Gruppe in Polen einfach unerwünscht fühlt.

Wir brauchen eine klare Stimme der polnischen Regierung

In einer idealen, wenn auch nicht so schwer vorstellbaren Welt richten Donald Tusk und Andrzej Duda (das einzig Gute, was man über seine Präsidentschaft sagen kann, ist, dass er sich nach dem Einmarsch in die Ukraine 2022 der Situation gewachsen zeigte) einen gemeinsamen Appell an die Gesellschaft, in dem sie uns daran erinnern, dass die Flüchtlinge, die ihren Weg nach Polen gefunden haben, kein Fluch, keine Katastrophe und keine weitere Geißel sind, die unsere ewig unterdrückte Nation heimgesucht hat. Im Gegenteil, sie helfen der Wirtschaft, indem sie nach Arbeitsplätzen greifen, die für den stolzen Polen nicht attraktiv sind. Es sind Ukrainer, die Zugwaggons putzen, in Hotels die Laken wechseln, nachts um drei Uhr am Bahnhof Kaffee verkaufen. Es sind Ukrainer, die im Baugewerbe, in Lagern und bei so genannten Hilfstätigkeiten arbeiten und dabei statistisch gesehen viel weniger verdienen als Polen (2024 lag der Medianverdienst von Ukrainern in Polen bei 4.000 PLN und damit 2.500 PLN unter dem Medianverdienst aller in Polen Beschäftigten). Vor allem aber verteidigen die Ukrainer sich selbst und die westliche Welt gegen die russische Barbarei.

In einer idealen Welt sollten die politischen Führer den Mut haben, uns daran zu erinnern, dass wir dem blutenden ukrainischen Volk Solidarität schulden und dass das Abdecken eines Plakats mit einer weiß-roten Fahne mit der Aufschrift „Platz der Verteidiger von Mariupol“ kein Zeichen von Patriotismus, sondern von moralischer Verachtung und Schamlosigkeit ist. Wir brauchen eine klare Stimme der polnischen Regierung, wir brauchen eine Informationskampagne und ein starkes Signal, dass die Ukrainer in Polen respektiert werden, dass Polen die Tragödie nicht vergisst, die unsere Nachbarn jeden Tag und jede Nacht heimsucht - sowohl diejenigen, die an der Front kämpfen, als auch diejenigen, die beschlossen haben zu gehen.

Wird dies geschehen? Vorerst richtet die polnische politische Klasse, von links bis rechts, unter dem Diktat von Tadeusz Samborski, einem Absolventen der Moskauer Lomonossow-Universität, einen anti-ukrainischen Feiertag ein. Die politische Klasse sieht schweigend zu, wie ukrainische Flaggen heruntergerissen werden, wie anti-ukrainische Fake News verbreitet werden und wie der Glaube unter den Polen wächst, dass die Ukrainer unerwünschte Gäste sind. Obwohl die Regierung über die entsprechenden Kommunikationsmittel verfügt, versucht sie nicht einmal, dem falschen Narrativ von Nawrocki, Braun und Mentzen etwas entgegenzusetzen. Wenn der Staat nicht handelt, sondern nur der Versklavung durch die Trends nachgibt, werden wir immer häufiger erleben, dass ukrainische Flaggen heruntergerissen werden und dass es zu Gewalttaten kommt.

Ich schaue mir noch einmal die Menschenmengen an, die in Biała Podlaska dabei halfen, die ukrainische Flagge niederzureißen. An Grzegorz Braun, der seine Anhänger zu solchen Aktionen ermutigte. An die Nationalisten, die die Ukrainer unter dem Adam-Mickiewicz-Denkmal davongejagt haben, weil sie der Meinung waren, dass die Erinnerung an den Krieg am Denkmal die Aussicht und das gute polnische Selbstgefühl verdirbt. Und an das Słowacki-Theater in Krakau, auf dem die ukrainische Flagge nicht mehr weht. Der Direktor, der von den Nationalisten erpresst wurde, verlegte die Flagge ins Innere des Theaters, weil er sich wirklich um die Sicherheit des Personals und des Gebäudes sorgte.

Ich denke an den verabscheuungswürdigen Mann, der das ukrainische Symbol mit einer Fahne verdeckt hat, und vor meinem inneren Auge tauchen weitere Bilder auf. All die Mauern des Gedenkens, die ich in ukrainischen Städten gesehen habe, das Klirren von Glas im zerbombten Vinnitsa, der Film aus dem Militärkrankenhaus, den mir kürzlich ein Freund aus der Ukraine schickte - er zeigt verbrannte ukrainische Männer und verbrannte ukrainische Frauen, mit von den Explosionen geschwärzten Gesichtern, ohne Gliedmaßen, die in den Krankenhausbetten sterben.

Ich denke auch an einen kürzlichen Besuch in Poznan. Ich war abends mit Freunden in einem Restaurant, der Kellner hatte einen deutlich östlichen Akzent, also fragte ich ihn, ob er aus der Ukraine komme. „Nein“, antwortete er ruhig. - Ich kann Ihnen die Dokumente zeigen.

Norwid hatte Recht, und seine brutale Erkenntnis bleibt trotz der vergangenen Zeit gültig. Den Platz der Verteidiger von Mariupol mit der polnischen Flagge zu markieren bedeutet, dass es Polen gibt, die menschlich immer noch Zwerge sind.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32090194,rzad-musi-stanac-w-obronie-ukraincow-w-polsce.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

**- HÖR AUF, MANN! ICH BIN KEIN SCHWULES PAAR,
NUR DU SIEHST DOPPELT!**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Warum will das Kulturministerium die russischen Verbrechen nicht dokumentieren?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Monika Andruszewska**

Das Lemkin-Zentrum, das im Februar 2022 am Pilecki-Institut gegründet wurde, um Zeugnisse russischer Verbrechen in der Ukraine zu sammeln, ist eine hervorragende polnische Idee, um der Welt zu erklären, was Russland wirklich ist. Aber heute vergeuden wir das Werk dieser Institution.

Dieses Foto ging 2014 um die Welt: Eine geschlagene, erniedrigte Frau steht mit der ukrainischen Flagge und einem Zettel mit der Aufschrift „Sie tötet unsere Kinder, sie ist eine Agentin“. Das Medieninteresse rettete ihr das Leben, unter internationalem Druck ließen die Russen sie aus der Gefangenschaft im besetzten Donezk frei. Seitdem kämpft Iryna Dowhań für das Schicksal anderer Gefangener des Kremls; sie ist zudem die ukrainische Koordinatorin von SEMA (Global Network of Victims and Survivors to End Wartime Sexual Violence), einer Organisation, die sich für Frauen einsetzt, die während bewaffneter Konflikte sexualisierte Gewalt erfahren haben.

Einige Tage nach der vollumfänglichen Invasion, im Februar 2022, wurde auf Initiative der damaligen Direktorin Magdalena Gawin am Pilecki-Institut in Warschau das Rafał-Lemkin-Zentrum zur Dokumentation russischer Verbrechen gegründet. Ich sollte ein Team in der Ukraine aufbauen und schlug sofort Iryna eine Zusammenarbeit vor. Mit der Zeit schlossen sich auch Roman Taibow aus Mariupol sowie Wiktorja Godik uns an, die die russischen Angriffe auf Irpin überlebt hatte und geflohen waren, als die Russen bereits in der Nachbarstraße waren. Die Koordination der Zeugensammlungen und Berichterstellung übernehme ich; seit elf Jahren berichte ich von der Front.

Als wir unsere Arbeit im befreiten Gebiet um Kyjiw begannen, stießen wir noch immer auf von den Russen versteckte Leichen von Opfern sowie auf Autos voller verbrannter menschlicher Überreste. Anderthalb Jahre lang fuhren wir über 50.000 Kilometer durch Frontgebiete und befreite Orte und zeichneten 700 verifizierte Aussagen von Opfern und Zeugen aus dem ganzen Land auf. Die monatlichen Kosten der gesamten Operation, Gehälter für vier Mitarbeitende, Treibstoff, Unterkünfte, Schutzausrüstung, überstiegen insgesamt nicht 25.000 Złoty, man kann also sagen, dass wir diese Arbeit zum Teil ehrenamtlich geleistet haben. Aus dem gesammelten Material entstanden bereits drei Berichte („Sexuelle Gewalt der russischen Besatzungstruppen gegen ukrainische Frauen“, „Der grüne Korridor von Lypiwka“, „Gestohlene Kindheit“) sowie eine noch unveröffentlichte Fallstudie über die Zerstörung eines Dorfes nahe Kyjiw.

Das Ministerium legt die Sammlung von Zeugenaussagen auf Eis

Das Kulturministerium und die neue Leitung des Pilecki-Instituts begannen jedoch, die Arbeit des Lemkin-Zentrums zu blockieren. Im Frühjahr 2024 wies das Ministerium unter Berufung auf Artikel 3 des Gesetzes, der angeblich die Tätigkeit des Instituts auf die Jahre 1917–1990 beschränkt, an, die Feldforschung einzustellen. Derselbe Artikel 3 sieht allerdings ausdrücklich die „Sammlung von Zeugenaussagen von Opfern totalitärer Verbrechen“ vor, und zwar ohne eine zeitliche Begrenzung. Eine Expertise von Professor Hubert Izdebski bestätigt eindeutig, dass das Gesetz über das Pilecki-Institut die Dokumentation russischer Verbrechen nicht nur nicht verbietet, sondern sogar verpflichtet, Zeugnisse über Verbrechen totalitärer Regime zu sammeln, und genau mit einem solchen Regime haben wir es in Putins Russland zu tun. Das Ministerium hielt jedoch an seiner Auslegung fest, ohne eine Gegenexpertise vorzulegen.

Im Januar 2025 erklärte Vizekulturminister Maciej Wróbel in einer Antwort auf die parlamentarische Anfrage von Daria Gosek-Popiołek, dass der Staat keine Verträge mit Personen „auf dem Gebiet der Ukraine“ abschließen werde, wegen des „Risikos von Tod oder Gesundheitsschäden“. Das betrifft sowohl die Sammlung neuer Berichte als auch die Auswertung des bereits gesammelten Materials. Hält der Vizeminister also die Arbeit im Homeoffice auf ukrainischem Gebiet für unmöglich? In der Folge soll der polnische Steuerzahler nun für die längere und kostspieligere Arbeit von Personen in Warschau zahlen, die bislang ausschließlich mit Verwaltung befasst waren und keinerlei Kontakt zu Zeugen oder Quellenmaterial hatten.

Trotz wiederholter Bitten hat Kulturministerin Hanna Wróblewska anderthalb Jahre lang keine legislativen oder organisatorischen Schritte unternommen, um die Blockade zu beseitigen oder das Lemkin-Zentrum als eigenständige Einheit auszugliedern. Der Direktor des Pilecki-Instituts, Professor Krzysztof Ruchniewicz, versprach ab Februar 2025 mehrfach, die Verträge wiederaufzunehmen, ohne Ergebnis. Dabei gehört zu unserem Team auch eine geflüchtete Frau mit drei Kindern, die in Warschau lebt und problemlos weiterarbeiten könnte. Statt einer Lösung schlug der Direktor symbolische Maßnahmen vor, etwa die Veröffentlichung unseres Berichts über Verbrechen an Kindern, ohne die Autoren einzuladen oder ihre Namen in den Begleitmaterialien zu nennen. Den Bericht hatten wir bereits im August 2024 abgegeben; es fehlten nur noch das Lektorat und die wissenschaftliche Schlussredaktion. Offenbar sind wir einer Teilnahme an der Präsentation unserer eigenen Arbeit nicht würdig, obwohl wir unser Leben riskiert haben, um die Zeugnisse zu sammeln, und die Berichte nachts zwischen zwei Luftalarmen schrieben.

Polen hat das Mandat, diese Mission zu führen

Warum sollte ausgerechnet Polen russische Verbrechen dokumentieren und bekannt machen? Weil es in unserem vitalen Interesse als frontnahes Land liegt, die Weltöffentlichkeit darüber aufzuklären, mit welchen Methoden Russland operiert. Auch bei der Aufarbeitung von Verbrechen an unserem eigenen Volk haben andere Länder eine bedeutende Rolle gespielt. Es war die Untersuchungskommission des US-Kongresses, die 1952 offiziell erklärte, dass nicht die Deutschen, sondern die Russen für das Massaker von Katyn verantwortlich sind. Auch die internationale Aufmerksamkeit für die Geschichte der Opfer von Auschwitz-Birkenau verdankt sich in großem Maße ausländischen Initiativen, und so weiter.

Warum verzichtet der polnische Staat also auf ein so wirksames Instrument der öffentlichen Diplomatie? Die Idee des Lemkin-Zentrums entstand durch die Auseinandersetzung mit der Dokumentation von

Verbrechen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs: Reine staatsanwaltliche Ermittlungen und eidesstattliche Aussagen verschwinden oft jahrzehntelang in verschlossenen Archiven. Polen sammelte nach dem Zweiten Weltkrieg Aussagen ausschließlich für die Staatsanwaltschaft; oft kannten nicht einmal die Angehörigen der Zeugen diese Berichte, ganz zu schweigen von der Öffentlichkeit. Erst die Zeugnisse, die von der Shoah Foundation gesammelt wurden, veränderten das Bild des Holocaust nachhaltig.

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Der Zugang zu den Erfahrungen der Opfer der russischen Aggression muss geöffnet werden, im Bewusstsein der Lehren, die wir aus der Dokumentation der Verbrechen des Dritten Reiches und der Sowjetunion gezogen haben. In fünf, zehn oder zwanzig Jahren wird die Welt, die derzeit „kriegsmüde“ ist, genau diese Zeugnisse brauchen. Polen hat das Mandat, zu erklären, was Russland ist und welche realen Gefahren seine Art der Kriegsführung mit sich bringt, eine Kriegsführung, die sich nicht nur gegen die ukrainische Armee, sondern gezielt gegen die Zivilbevölkerung richtet. Die Beamten des Ministeriums und Direktor Ruchniewicz scheinen das nicht zu begreifen.

Professor Ruchniewicz betont wiederholt, er wolle dem Pilecki-Institut einen stärker wissenschaftlichen Charakter verleihen, obwohl den Gesetzgebern bei der Gründung des Instituts offensichtlich mehr als nur dieser eine Zweck vorschwebte. Und selbst wenn: Das eine schließt das andere nicht aus. Weltweit gibt es zahlreiche Wissenschaftler, die sich aktiv für die Sache der kämpfenden Ukraine einsetzen, in den USA etwa Timothy Snyder und Marci Shore, in Deutschland Jan Behrends oder Franziska Davies. In Polen hingegen fehlt ein solches Engagement noch weitgehend; das Lemkin-Zentrum bildet hier eine rühmliche Ausnahme.

Der stellvertretende Direktor Prof. Wiszewski erklärte, dass das Lemkin-Zentrum weiterhin im Pilecki-Institut bestehen bleibe, aber nicht mehr das fortführen werde, was den Kern seiner Tätigkeit ausmache, nämlich die Sammlung von Zeugenaussagen.

Der Direktor der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau bezeichnete unsere Arbeit als polnische Staatsraison und verglich die Entscheidung, die Dokumentation russischer Verbrechen einzustellen, mit einer hypothetischen Situation, in der man keine Zeugenaussagen von Auschwitz-Häftlingen gesammelt hätte. Jedoch das beeindruckt das Ministerium offensichtlich nicht. Prof. Wiszewski weist außerdem darauf hin, dass es in der Ukraine viele Organisationen gebe, die russische Verbrechen dokumentieren, und deutet damit an, unsere Arbeit sei überflüssig. Das widerspricht jedoch den Aussagen der ukrainischen Seite selbst, die die Zeugensammlung durch das Lemkin-Zentrum als „unbezahlbar“ bezeichnet. Im Frühjahr 2025 schickte der ukrainische Kulturminister Mykoła Toczycki zu diesem Thema sogar ein Schreiben an Ministerin Wróblewska.

Oder vielleicht sollte das Lemkin-Zentrum ins Außenministerium verlegt werden?

Jeder verlorene Tag bedeutet einen weiteren verlorenen Zeugen. Zeitnahe Quellenberichte haben den höchsten Wert, weil sie noch nicht durch Erinnerung verzerrt sind. Nach einem Jahr Zwangspause sind einige der Orte, an denen wir gearbeitet haben, niedergebrannt oder erneut besetzt worden, und ihre Bewohner wurden über das ganze Land verstreut. Der Aufbau einer Konfliktkarte und die wissenschaftliche Kontinuität wurden unterbrochen. Menschen rufen uns an, weil sie Zeugnis ablegen wollen, und wir wissen nicht, was wir ihnen sagen sollen. Etwa: „Dein Zeugnis interessiert Polen nicht mehr“?

Dörfer im Osten brennen, FPV-Drohnen zerreißen Menschen in Stücke und wir streiten uns in Warschau über Paragraphen, statt die Verbrechen zu dokumentieren.

Wer im Ministerium war so sehr dagegen, russische Verbrechen öffentlich zu machen, dass unsere fertigen Berichte monatelang in der Schublade lagen und Polen über ein Jahr lang die Arbeit vergeudete, für die es selbst bezahlt hatte? Wem nützte das? Sicher nicht Polen, nicht der Ukraine und auch keinem anderen von Russland bedrohten Land. War das Inkompetenz oder bewusste Sabotage? Es ist höchste Zeit, dass jemand im Ministerium Verantwortung übernimmt für die irreversiblen Verluste, die unserem Team und dem gesamten Projekt zugefügt wurden.

Die Art und Weise, wie das Ministerium für Kultur und nationales Erbe unter der Leitung von Ministerin Wróblewska und die derzeitige Leitung des Pilecki-Instituts die Dokumentation russischer Verbrechen behandeln, zeigt, dass sie offenbar die Tragweite der Angelegenheit nicht verstehen. Wenn dem so ist, dann sollte man unsere bisherige Arbeit nicht länger als Geisel halten und dem Lemkin-Zentrum ermöglichen, unter einer Institution weiterzuarbeiten, die den Ernst der Lage erkennt. Zum Beispiel im Außenministerium, das unter der Führung von Minister Sikorski steht, der sehr wohl versteht, wie wichtig solche Maßnahmen sind.

Menschen sterben, Raketen schlagen ein, die Zeit läuft davon.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,32099625,dlaczego-ministerstwo-kultury-nie-chce-dokumentowac-rosyjskich.html#s=S.index-K.C-B.1-L.3.duzy>

Hass gegen Ausländer ist an der Tagesordnung. Das kann niemanden nutzen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Die Parteien von Slawomir Mentzen und Grzegorz Braun werden immer stärker. „Mentzens Fünf“, d. h. „wir wollen keine Juden, Schwulen, Abtreibung, Steuern und die EU“, kommt immer näher ...

Dies ist kein Kommentar. Dies ist eine Entschuldigung.

Entschuldigung an Babacar Mane, Manager des Ballet Saly Velingara aus Senegal.

Ich entschuldige mich bei dem Choreographen Toucourou Camara.

Ich entschuldige mich beim gesamten Team des Ballet Saly Velingara. Für das, was Ihnen in Polen widerfahren ist. Für das, was in Zamość passiert ist. Für Gorzów Wielkopolski.

Für die Vulgaritäten, die in Ihre Richtung geflogen sind. Für diese Gesten. Für den Hass. Ihr seid unsere Gäste, und man hat euch übel behandelt. Ich schäme mich sehr. Es ist mir peinlich.

Das Ballett Saly Velingara – Künstler und Hüter der mündlichen Tradition Senegals – war zu Gast beim 22. Eurofolk-Festival in Zamość. Eurofolk-Festival in Zamość zu Gast. Als sie nach ihrem Konzert auf dem Großen Markt zum Schlafsaal zurückkehrten, wurden sie beleidigt und es fielen „vulgäre Worte“. Ich werde sie nicht zitieren, Sie können sich denken, wie sie lauteten.

Die gleichen Künstler waren einige Tage zuvor auf den Straßen von Gorzów Wielkopolski gefilmt – als Beweis dafür, dass „Migranten bereits in Gorzów sind“. Illegale, versteht sich.

Die Aufnahme wurde unter anderem von Elżbieta Rafalska aus der ehemaligen Regierung der PiS verbreitet. „Donald Tusk griff die Grenzschutzbewegung an: *Ihr müsst etwas dagegen tun*. Und der durch den Staat unkontrollierte Zustrom von Ausländern geht in unserer Stadt, in Gorzów, weiter“, kommentierte sie. Als sie merkte, wie falsch sie gelegen hatte, entschuldigte sie sich. Was soll's, es ist ihr gelungen, eine Menge Schaden anzurichten.

Es ist etwas passiert. Etwas ist zerbrochen.

Seit 22 Jahren ist dieses Fest ein Fest der Toleranz. Dieses Jahr – des Hasses.

Der Staat muss etwas dagegen tun. Ja, es ist die Schuld der PiS. Es ist die Schuld der Konfederacja. Es ist die Schuld der nationalistischen Populisten, die uns lehren, wie man andere hetzt.

Und die Ukrainer spüren das auf unseren Straßen. Ich entschuldige mich auch bei ihnen.

Und die Juden auch. Sie wurden am Mahnmal für die ermordeten Juden in Jedwabne beleidigt.

Etwas ist zerbrochen. Etwas ist zu Ende gegangen.

Und etwas hat begonnen.

Die Parteien von Slawomir Mentzen und Grzegorz Braun werden immer stärker. „Mentzens Fünf“, d. h. „wir wollen keine Juden, Schwulen, Abtreibung, Steuern und die EU“, kommt immer näher ...

Hass-Orgien an der polnischen Grenze, Angriffe auf Fremden und Verleumdungen gegen sie werden zu unserer täglichen Realität. Das kann für niemanden ein Gewinn sein.

Dem Einhalt zu gebieten, ist unsere Staatsraison.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,32098545,szczucie-na-obcych-staje-sie-codziennoscia-to-sie-nie-moze.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.1.zw>

„Unsere Jungs“ aus der Wehrmacht. Ich bin Kaschubin und Enkelin eines der Jungs



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von **Stasia Budzisz**

In Pommern und Schlesien ist ein Großvater in der Wehrmacht keine Ausnahme. Die Ausstellung „Unsere Jungs“ im Museum von Danzig erinnerte an die komplexen Lebensgeschichten der Männer aus diesen Regionen und die Rechte reagierte erwartungsgemäß: mit Verdrängung und Angriff.

Wisst ihr, wie ein klassischer Witz für Anfänger in Kaschubien und Schlesien geht? Nein? Ich sag's euch:

- Wo hat dein Opa gedient?
- Meiner bei der Kriegsmarine.
- Meiner bei der Luftwaffe.
- Meiner in der AK (Polnische Heimatarmee).
- Ahhh, der ist nicht von hier.
- Doch, von hier. Beim Afrika Korps.

Ich hatte auch einen Großvater bei der Kriegsmarine. 1942 unterschrieb er die Deutsche Volksliste (DVL) und wurde eingezogen. Ich weiß nicht, ob er das freiwillig tat oder unter Zwang. Und ich weiß auch nicht, ob das heute überhaupt noch eine Rolle spielt. Okay, vielleicht bin ich nicht stolz darauf, aber ich werde meinen Großvater nicht aus dem Gedächtnis meiner Familie streichen. Ich werde mich auch nicht dafür schämen. Und als Journalistin will ich dafür kämpfen, dass mit dieser Geschichte niemand mehr politisch manipuliert. Doch genau das ist die schwierigste Aufgabe.

Am 11. Juli wurde im Museum der Stadt Danzig die Ausstellung mit dem Titel „Unsere Jungs. Die Einwohner des Danziger Pommerns im Dritten Reich“ eröffnet. Ihre Protagonisten sind Pommern, vor dem Krieg Bürger der Zweiten Polnischen Republik (wie mein Großvater), der Freien Stadt Danzig (wie mein Onkel) oder des Dritten Reiches, wie viele Männer aus meiner Familie, die während des Zweiten Weltkriegs in der deutschen Armee kämpften.

Wie ist das möglich?

Als Polen 1920 nach Kaschubien kam, erhielt es nur ein kleines Stück davon. Jenen Landstreifen mit Zugang zum Meer, den die Deutschen den „Polnischen Korridor“ nannten. Er zerschnitt Preußen und damit auch die kaschubische Bevölkerung.

Die Kaschuben, die es nicht in den polnischen Teil geschafft hatten, sich aber als Polen fühlten, wurden nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs automatisch in die deutsche Armee eingezogen. Denn sie waren Staatsbürger des Dritten Reiches. Diejenigen, die sich nach dem September 1939 unter deutscher Besatzung wiederfanden, wurden meist zwangsweise eingezogen.

Ich hatte zwei Großväter. Der eine, der bei der Kriegsmarine war, kam 1944 in einem U-Boot in Kirkenes ums Leben. Der andere hatte die Volksliste nicht unterschrieben und überlebte den Krieg in einem kaschubischen Dorf. Er landete wegen illegalen Handels im deutschen Gefängnis und verriet später den sowjetischen „Befreiern“ seine deutschen Nachbarn, kurz bevor sie seine Frau vergewaltigten. Beide waren „unsere“ kaschubischen Jungs.

Und genau darum geht es in dieser Ausstellung, um die verworrenen Lebenswege der Menschen aus unserer Region. Und darum, dass diese Menschen nach dem Krieg, als Polen, diesmal unter Bedrohung sowjetischer Bajonette, wieder nach Kaschubien kam, die Konsequenzen für Entscheidungen tragen mussten, die meist gar nicht ihre eigenen waren. Denn sie waren es, die verfolgt wurden, die man zur Zwangsarbeit in Arbeitsbataillone nach Schlesien schickte, denen man den Besitz nahm, sie einschüchterte oder aus ihrer Heimat vertrieb. Ihnen wurde verboten, ihre Sprache zu sprechen, sie wurden verspottet und von höheren Posten ferngehalten. Und das, obwohl sie hier zu Hause waren. Seit Generationen. Ganz gleich, ob das Land, auf dem sie lebten, gerade zu Deutschland gehörte oder zu Polen.

Später, nach dem Ende des Kommunismus, wurde das Thema auch nicht wirklich aufgegriffen. Bis 2005, als Jacek Kurski Tusks Großvater aus der Wehrmacht hervorzog und damit die Wahl für Lech Kaczyński gewann. Und es geht nicht darum, dass Tusk keinen Großvater in der deutschen Armee hatte, denn den hatte er. Sondern darum, wie das ausgeschlachtet wurde. Und es wurde auf perfide und schamlose Weise ausgeschlachtet. Unter Ausblendung historischer Fakten, mit einer manipulierten Erzählweise. Denn ein Volksdeutscher in Warschau war etwas ganz anderes als ein Volksdeutscher in Pommern oder in Schlesien.

Kurski wusste das, aber die Bürgerinnen und Bürger Polens eben nicht unbedingt. Und wisst ihr, warum? Weil uns das in der Schule im Geschichtsunterricht nie beigebracht wurde. Die krakauisch-warschauer Erzählung, die wir als die einzig „richtige“ angenommen haben, um über das Schicksal des modernen Polen zu sprechen, hat mit der Geschichte, wie sie sich in Pommern oder in Schlesien abspielte, herzlich wenig zu tun. Genau deshalb lässt sich mit uns so leicht manipulieren. Wir wissen es nicht, weil die Geschichte der Menschen aus Pommern und Schlesien immer nur am Rand der offiziellen historischen Erzählung stand. Und genau darum ist diese Ausstellung so wichtig und notwendig.

Ich hatte das Gefühl, dass die Rechten kein gutes Haar an der Ausstellung lassen würden. Das ist doch Wasser auf ihre Mühlen. Das allseits bekannte „für Deutschland“ wird wieder als patriotische Signalarakete gezündet.

Und tatsächlich, es hat geknallt. Das Portal Niezależna.pl nannte die Ausstellung „skandalös“. Michał Rachoń von TV Republika behauptete, es sei „nur ein Schritt entfernt von der Aussage, dass wir, weil unsere Jungs in der Armee des Dritten Reichs waren, für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich sind“. Dem Abgeordneten Jan Kanthak hingegen gefällt der Titel nicht, weil er seiner Meinung nach die Verantwortung verwischt und zu der Auffassung führen könne, dass die Polen an den von den Deutschen begangenen

Verbrechen mitbeteiligt gewesen seien.

Mariusz Błaszczak, Vorsitzender der PiS-Parlamentsfraktion, schrieb dazu auf Facebook:

„Das ist eine offene Umsetzung der deutschen Narration, und durchgeführt wird sie ausgerechnet von Institutionen, die eigentlich das polnische historische Gedächtnis bewahren sollten. Solche Ausstellungen sind ein Versuch, die Geschichte zu verfälschen. ‚Unsere Jungs‘ haben Polen verteidigt und sind durch deutsche Artillerie gefallen, aber haben keine Uniformen der Wehrmacht oder der SS angezogen.“

In Błaszczaks Erzählung ist die Ausstellung in Danzig eine „politische Provokation“. Er kündigte an, sich entschieden gegen „Projekte zu wehren, die, statt das Gedenken zu bewahren, die Geschichte verfälschen“.

Nein, Herr Błaszczak. Unsere Jungs verfälschen die Geschichte nicht. Im Gegenteil, sie entwirren sie. Und sie manipulieren nicht mit ihr, im Gegensatz zu dem, was Ihre politische Partei tut.

Zur Information: Die Ausstellung „Unsere Jungs. Die Einwohner des Danziger Pommerns im Dritten Reich“ ist bis zum 10. Mai 2026 im Museum Danzig zu sehen.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/nasi-chlopcy-dziadek-w-wehrmachcie-gdansk-wystawa/>

Begnadigung von Bąkiewicz: Duda versucht, sich bei den Rechten einzuschmeicheln, die nach der Macht greifen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Maziarski**

Das ist das Rätsel: Warum hat der Präsident anderthalb Jahre mit der Begnadigung von Robert Bąkiewicz gezögert, und warum hat er sich jetzt plötzlich dazu entschieden?

Präsident Andrzej Duda hat in letzter Minute, knapp einen Monat vor Ende seiner Amtszeit, Robert Bąkiewicz begnadigt, einen Mann, der verurteilt wurde, weil er eine ältere Frau auf den Stufen einer Warschauer Kirche verletzt hatte. Die Frau hatte an Demonstrationen gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes teilgenommen.

Unter der Regierung der PiS dienten Menschen wie Bąkiewicz der Macht als Vollstrecker, die den Willen des „Paten“ umsetzen. „Wir müssen die polnischen Kirchen um jeden Preis verteidigen. Ich rufe alle PiS-Mitglieder und alle unsere Unterstützer dazu auf, an der Verteidigung der Kirche teilzunehmen“, appellierte Jarosław Kaczyński in einer besonderen Erklärung im Oktober 2020, als er sah, dass die Protestwelle anwuchs und seine Regierung bedrohte.

Die PiS-Machthaber sorgten dafür, dass Organisationen, die mit Bąkiewicz verbunden sind, Millionen Złoty erhielten, während ihm selbst kein Haar gekrümmt wurde. Als das Gericht Bąkiewicz wegen der Körperverletzung an der Frau zu Sozialstunden verurteilte, setzte Justizminister Zbigniew Ziobro die Vollstreckung dieser Strafe aus und richtete einen Begnadigungsantrag für den Täter an den Präsidenten.

Nur dass Duda sich mit der Erfüllung der Aufgabe, die ihm die Mutterpartei gestellt hatte, nicht beeilte, die Partei hatte Bąkiewicz 2023 auf ihre Wahlliste gesetzt (er schaffte es aber nicht in den Sejm).

Wir können nur spekulieren, warum der Präsident mit der Begnadigung so lange gezögert hat, vermutlich deshalb, weil er lange darauf hoffte, nach Ende seiner Amtszeit eine Position auf internationaler Ebene zu bekommen. Dafür brauchte er die Unterstützung ernsthafter Politikerkreise und konnte sich daher nicht offen als Förderer von Nationalisten und gewöhnlichen Schlägern präsentieren. Wahrscheinlich aus demselben Grund, in der Hoffnung auf die Dankbarkeit und Unterstützung amerikanischer Politiker für seine Pläne, hat Andrzej Duda im Dezember 2021 das PiS-Gesetz „lex TVN“ mit einem Veto belegt. Dieses Gesetz zielte darauf ab, den Amerikanern den Fernsehsender TVN wegzunehmen.

Es stellte sich jedoch heraus, dass die naive Vorstellung einer internationalen Karriere nach Ende der Präsidentschaft in Polen nur eine Fata Morgana war. Niemand braucht Duda für irgendetwas, und niemand bietet ihm etwas an. Nicht nur im Ausland, sondern auch in Polen.

In dieser Situation entschied er sich in letzter Minute zu einer verzweifelten Geste: Am Donnerstag, den 10. Juli, setzte Justizminister Adam Bodnar die Vollstreckung der von Ziobro ausgesetzten Strafe für Bąkiewicz wieder in Kraft, und bereits am nächsten Tag, Freitag, den 11. Juli, begnadigte Duda Bąkiewicz.

Offenbar wurde ihm klar, dass ihn außer Skifahren nichts mehr erwartet, also versucht er erneut, sich bei der nationalistischen, autoritären Rechten einzuschmeicheln, die in Polen nach der Macht greift: „Jungs, ich komme mit euch!“

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,32105949,ulaskawienie-bakiewicza-duda-probuje-sie-wkupic-w-laski-prawicy.html#s=S.index-K.C-B.1-L.5.duzy>

Kann Selenskyj Moskau angreifen?



Quelle: interia.pl

Von **Jarosław Kuisz**

Der Krieg in der Ukraine sollte in 24 Stunden beendet sein. Das hat nicht geklappt. Jetzt soll der Krieg in 50 Tagen beendet sein. Und Trump fragt, ob Selenskyj in der Lage wäre, Moskau und St. Petersburg anzugreifen. Für die Russen werden das keine leeren Worte sein.

Präsident Donald Trump lernt den Osten Europas kennen. Widerstrebend, widerwillig, aber dennoch. Vor kurzem hat er erfahren, dass Präsident Wladimir Putin überhaupt keinen Frieden will. Dass der Kreml die gesamte Ukraine erobern will, wissen wir bereits. Und das schon seit geraumer Zeit.

Nun hat es das Weiße Haus erreicht, dass Präsident Putin öffentlich über Trump spottet, ganz offen. Dies ist wahrscheinlich der wichtigste Vorwand für eine Änderung der politischen Haltung in Washington.

Amerikanischer Imposibilismus

Das ist ein echter Umschwung. Und ein langer Weg liegt noch vor uns. Der Ausgangspunkt war ja der Glaube, dass es die Ukraine war, die Russland überfallen hat. Jetzt hat Trump das Gegenteil festgestellt. Und er hat beschlossen, dem überfallenen Land zu helfen, sich gegen den russischen Aggressor zu verteidigen.

Natürlich nicht umsonst. Europa soll für die Waffenlieferungen bezahlen. In diesem Sinne waschen sich die USA der neuen Regierung jedoch weiterhin die Hände in Unschuld. Oder zumindest eine Hand, denn die diplomatische Botschaft des Tages lautet: „Wir verkaufen nur“.

Das ist nur die halbe Wahrheit, denn natürlich ist Trump ein Meister der Widersprüchlichkeit. So hat er mit der anderen Hand gedroht, innerhalb von 50 Tagen harte Sanktionen gegen Putins Russland in Bezug auf Energieexporte zu verhängen, wenn kein Friedensabkommen zustande kommt. Außerdem berichtet die renommierte Financial Times heute, dass der US-Politiker in Trumps Gespräch mit Präsident Selenskyj

eine Reihe von Fragen gestellt haben soll: „Können Sie Moskau angreifen? Können Sie auch St. Petersburg angreifen?“.

Für die Russen sind das keine leeren Worte und Witze. Schließlich haben sie den Krieg 2014/2022 begonnen, weil sie sich von der NATO eingekreist fühlen. Politische Egozentrik und Kriegsparanoia vor dem Hintergrund der Geschichte führen dazu, dass man sich ein bisschen um das Selbstbestimmungsrecht der Völker schert.

Russischer Impossibilismus

Präsident Putin wird sich wahrscheinlich nicht um Trumps Drohungen scheren. Russland hat seine Wirtschaft auf Krieg umgestellt. Erklärungen über Sanktionen können Wände des Kremls tapezieren. Seit drei Jahren Krieg in vollem Umfang ist es Russland gelungen, ein alternatives Netz politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehungen – grob gesagt – außerhalb der westlichen Staaten aufzubauen (weil sie selbst ihre eigenen Sanktionen umgehen können).

China hingegen hat erkannt, dass nichts so gut für seine globale Position ist wie die Aufrechterhaltung des Krieges in der Ukraine. Mehr oder weniger diskret unterstützen sie daher Moskau, damit es nicht verliert, aber auch nicht gewinnt.

Trump wollte sich aus dem Engagement in der Ukraine heraushalten, um sich auf den Wettbewerb mit Peking zu konzentrieren. Seine Politik ist jedoch nichts anderes als der bekannte Kampf gegen den Impossibilismus. Radikale Slogans auf Wolken, in denen ein Politiker schwelgt, bis er mit der Realität kollidiert. Diese Realität ist Putins eiserner Wille, den Krieg bis zum Sieg fortzusetzen.

Aus seiner Sicht ist eine Niederlage keine Option. Mehr als eine Million Tote, eine verarmte Bevölkerung, abgebrochene Kontakte zum Westen – es steht zu viel auf dem Spiel, um sich auch nur mit einem Unentschieden zufriedenzugeben.

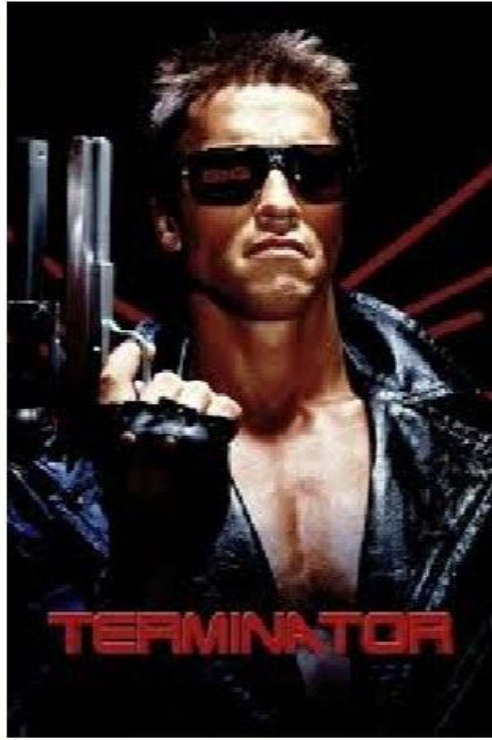
So zeigt sich, dass die Politiker der großen Staaten sowohl die mächtigsten Menschen der Welt sind als auch „Gefangene“ der aktuellen Situation. Der Krieg in der Ukraine ist nicht nur aufgrund einer Laune von Präsident Putin ausgebrochen, sondern auch aufgrund der geopolitischen Rivalität der Atomkräfte – vor dem Hintergrund der jüngsten Geschichte. Im Jahr 2025 hehelt der Kreml noch immer dem Wunsch nach Rache für den verlorenen „Kalten Krieg“ hinterher.

Ein Ultimatum von 50 Tagen erscheint umso unglücklicher. Putin kann die von den Amerikanern gestellten Bedingungen nicht akzeptieren. Die Amerikaner werden auf weitere Beweise der Missachtung reagieren müssen. Obwohl gerade erst von einem Friedensnobelpreis für Trump die Rede war, scheint eine Eskalation der Konfrontation vorerst sicherer. Und wo zwei sich streiten, profitiert Peking.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-czy-zelenski-moze-uderzyc-w-moskwe,nld,22165506>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

“Ich werde wiederkommen!”

Andrzej Duda – scheidender Präsident der Republik Polen

“I’ll be back!”

Arnold Schwarzenegger als Terminator

Quelle: <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/kulisy-spotkania-andrzej-dudy-z-dyplomatami-ja-tu-jeszcze-wroce/11xpymb>

spiegel.de

Polnische Regierung beschwert sich im Vatikan über Bischöfe

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-regierung-beschwert-sich-im-vatikan-ueber-bischoefe-a-a580eef9-6696-4aa2-9deb-79c1e464656a>

bild.de

Diktator setzt immer mehr Flüchtlinge als Waffe ein

<https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/brenzlige-situation-an-belarus-grenze-zu-polen-diktator-setzt-immer-mehr-fluechtlinge-als-waffe-ein-68776913543f7a2c50a29edd>

jacobin.de

Die Grenzsicherung zwischen Polen und Deutschland ist gefährliche Symbolpolitik

<https://jacobin.de/artikel/polen-deutschland-grenzkontrollen-migration-asyl-tusk-merz>

hna.de

Grenzkontrollen schaden dem gewachsenen Vertrauen

<https://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/harm-adam-von-der-deutsch-polnischen-gesellschaft-grenzkontrollen-schaden-dem-gewachsenen-vertrauen-93831125.html>

taz.de

Deutsch-polnische Einreisekontrollen – Grenzwertig

<https://taz.de/Deutsch-polnische-Einreisekontrollen/!6096275/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus